

Vorbemerkung	1
I. Einleitung	1
II. Rechtsgrundlagen	8
1. Verwirkung von Grundrechten, Art.18 Grundgesetz (GG)	8
2. Verlust/Aberkennung von Rechten und Fähigkeiten § 39 Abs. 2 BVerfGG, § 45 StGB	10
3. Paßversagung/Paßentziehung wegen rechtsextremistischer Betätigung §§ 7, 8 PaßG	11
4. Parteienprivileg, Art. 21 Abs. 2 GG und Grundsatz der Gleichbehandlung der Parteien, Art. 3 GG, § 5 PartG .	14
4.1. Überlassung städtischer Räumlichkeiten für rechts- extremistische Parteiveranstaltungen	16
4.2. Haftungsübernahme für Schäden wegen zu erwartender Protestaktionen	16
4.3. Zur Chancengleichheit politischer Parteien - Verweigerung von Sendezeiten	19
4.4. Wahlwerbung einer verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden Partei im Fernsehen	20
4.5. Ausländerfeindliche Wahlwerbung im Fernsehen	20
5. Verbot rechtsextremistischer Vereinigungen Art. 9 Abs. 2 GG, § 3 VereinsG	22
6. Verfassungsschutzrechtliche Maßnahmen	26
7. Versammlungsverbot wegen rechtsextremistischem Kundgebungsinhalt.....	26
7.1. Sofortige Vollziehung eines Versammlungsverbots	28
7.2. Verbot einer Demonstration der NPD	28

7.3.	Versammlungsverbot gemäß VersammlG § 15 Abs. 1	29
7.4.	Ablehnung einer einstweiligen Anordnung	29
7.5.	Versammlungsverbot wegen aggressiver ausländerfeindlicher Wahlwerbung	30
7.6.	Verbot einer nichtöffentlichen Versammlung	30
8.	Presserecht	32
8.1.	Volksverhetzender Leserbrief	33
8.2.	Täterschaft des verantwortlichen Schriftleiters	34
9.	Schutz der Jugend vor neonazistischer Propaganda	35
10.	Beamtenrechtliche Disziplinarmaßnahmen	37
10.1.	Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe	38
10.2.	Führende Betätigung eines Offiziers in einer rechtsextremistischen Partei	38
10.3.	Verletzung der politischen Treuepflicht Pflicht eines Soldaten	38
10.4.	Entziehung des Sicherheitsbescheids	39
10.5.	Lebenszeitbeamter - Entlassung wegen NPD- Mitgliedschaft	39
10.6.	Anbringen nationalsozialistischer Symbole durch einen Beamten als Dienstvergehen	40
10.7.	Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen durch einen Lehrer	40
10.8.	Sofortige Entlassung eines Offiziers wegen Nichteinschreitens gegen antisemitische Handlungen	41
10.9.	Disziplinarmaßnahme bei grober antisemitischer Äußerungen	42
10.10.	Zum Dienstvergehen eines Soldaten rassistische Äußerungen	42
10.11.	Wehrdisziplinarverfahren wegen Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes	42

11. Kündigung des Arbeitsvertrages	43
11.1. Schlägerei als Grund für eine außerordentliche Kündigung	44
11.2. Interessensabwägungen	44
11.3. Beleidigung als wichtiger Grund für außerordentliche Kündigung	44
11.4. Zur Frage der Zulässigkeit einer verhaltensbedingten Kündigung wegen kritischer Äußerung	45
11.5. Kündigung wegen rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Meinungsäußerungen	45
11.6. Kündigung wegen Verbreitung ausländerfeindlicher Schriften	46
12. Eintritt einer Sperrzeit bei Arbeitslosengeld	48
13. Bekämpfung des Rechtsextremismus mit Hilfe des Strafrechts	50
13.1. Allgemeine Straftaten	50
13.2. Straftaten, die auf die Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates gerichtet sind	52
14. Zivilrechtliche Maßnahmen	57
III. Stichwortverzeichnis	58
IV. Literaturverzeichnis	59
V. Anhang	61